

Freie Demokraten im Hessischen Landtag

MÜLLER ZU INLANDSFLÜGEN FÜR LANDESBEDIENSTETE

24.09.2019

- Dienstreisen müssen dem Gebot der Wirtschaftlichkeit unterliegen
- Inlandsflüge sind oftmals aus dienstlichen oder zeitlichen Gründen erforderlich
- Klimaschutz muss realistisch und praktikabel sein und nicht verbotsorientiert

WIESBADEN – "Mit pauschalen Verboten und Verzichtsorgien werden wir keine Akzeptanz beim Klimaschutz erreichen. Wer Inlandsflüge für Landesbedienstete pauschal verbietet, verteuert die Reisekosten und die Personalkosten insgesamt erheblich. Dienstreisen unterliegen dem Gebot der Wirtschaftlichkeit. Flüge werden auch heute schon nur dann genehmigt, wenn es dafür einen besonderen Grund gibt. Neben dem Preisvorteil gegenüber der Bahn ist dabei allzu oft die Terminsituation ein Grund. Termine früh morgens in Berlin sind ansonsten nur mit Übernachtung zu erreichen, was insgesamt erhebliche Zusatzkosten verursachen würde. Zusätzliche Übernachtungskosten und eine schlechtere Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch mehr Abwesenheiten, wären somit die Folge eines pauschalen Verbots", so der innenpolitische Sprecher der Freien Demokraten im Hessischen Landtag, Stefan MÜLLER.

Müller weiter:

"Klimaschutz muss realistisch und praktikabel sein. Nur mit neuen Technologien und Innovationen werden wir am Ende die Ergebnisse erreichen, die wir brauchen, um die Klimaziele zu erreichen. Wie wäre es zum Beispiel, wenn wir endlich die Möglichkeiten der Digitalisierung konsequent nutzen würden? Videokonferenztechnik könnte viele Sitzungen ersetzen und damit Zeit, Geld und CO2 sparen. Denn uch bei der Klimapolitik gibt es nicht nur Schwarz und Weiß. Mehrkosten und schlechtere Vereinbarkeit von



Familie und Beruf sind nur zwei Aspekte, die durch ein solches Verbot hervorgerufen würden. Verbote und Askese werden am Ende nicht die Akzeptanz der Menschen finden, sondern langfristig eher das Gegenteil bewirken. "

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de